

WER WILL WAS?

Die Parteiprogramme
im Vergleich

DEMO

Bewegung für Demokratie e.V.

Nur KEINE
WAHL ist
die FALSCHEN
WAHL!

#demobewegt

Du weißt nicht, wen Du wählen sollst? Du weißt eigentlich gar nicht genau, was die Parteien wirklich wollen? Wir auch nicht.

Deshalb haben wir die Parteiprogramme der fünf großen demokratischen Parteien nach Themen sortiert und herausgefiltert, was für Dich, was für uns zukünftig wichtig werden wird. Die AfD haben wir außen vor gelassen. Einer Partei, die von gerichts-festen Faschisten geleitet wird, unter Rechtsextremismusverdacht steht und in Teilen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, wollen und werden wir keine Plattform bieten.

Sollte bei den fünf Großen nichts für Dich dabei sein, dann schau Dir doch mal Kleinparteien wie Volt oder die Tierschutzpartei an, auch die haben einiges zu bieten.

Viel Spaß beim Lesen, Entscheiden und vor allem: Viel Spaß beim Wählen!
Weil jede Stimme zählt.

Deine DEMO*innen

KANZLER- KANDIDAT*INNEN

Am **26. September** wählen mehr als 60 Millionen Menschen in Deutschland zum 20. Mal einen Bundestag. Die Wahllokale sind an diesem Sonntag **von 8 bis 18 Uhr** geöffnet. Den Briefwahlzettel muss man **spätestens drei Tage** vor der Wahl abgeschickt haben, damit er gilt.

Mit der **Erststimme** wählst Du eine*n Kandidat*in aus deinem Wahlkreis. In Deutschland gibt es 299 Wahlkreise, jeder soll im Bundestag vertreten sein.

Wichtiger aber ist die **Zweitstimme**, mit ihr bestimmen die Wähler*innen die **Mehrheitsverhältnisse** im Bundestag. Mit der Zweitstimme wählst Du also keine Person, sondern für die **Landesliste einer Partei**. Je höher jemand auf dieser Liste steht, desto größer ist seine oder ihre Chance in den Bundestag einzuziehen. Und nur, wenn eine Partei **über 5 Prozent** der Stimmen erhält, kann sie in den Bundestag einziehen.

Der oder die **Bundestkanzler*in** wird nicht direkt vom Volk, sondern auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestag gewählt.

Fun Fact

Angela Merkel promovierte zum »Mechanismus von Zerfallsreaktionen mit einfachem Bindungsbruch und Berechnung ihrer Geschwindigkeitskonstanten auf der Grundlage quantenchemischer und statistischer Methoden«



Olaf Scholz, SPD

63 Jahre alt, geboren in Osnabrück

Verheiratet mit der Politikerin Britta Ernst (SPD)

Keine Kinder

Seit 2018 Vizekanzler und Finanzminister

Hat am selben Tag Geburtstag wie Donald Trump und Che Guevara



Annalena Baerbock, DIE GRÜNEN

40 Jahre alt, geboren in Hannover

Verheiratet mit dem Lobbyisten und PR-Manager Daniel Holefleisch

Zwei Kinder

Seit 2018 mit Robert Habeck Bundesvorsitzende der Grünen

In ihrer Kindheit betrieb sie Trampolinspringen als Leistungssport



Armin Laschet, CDU/CSU (UNION)

60 Jahre alt, geboren in Aachen

Verheiratet mit Susanne Laschet

Drei Kinder

Seit 2017 Ministerpräsident von NRW

Sohn Johannes »Joe« ist Influencer

DIE LINKE

Klimaneutralität bis 2035

Kohleausstieg bis 2030

Klimatransformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro für den Umbau der Industrie

Strom- und Wärmenetz in öffentliche Hand

Kosten für Stilllegung der Atomanlagen sollen Konzerne selbst tragen

SPD

Bis 2030 den CO₂- Ausstoß um 65% senken und Klimaneutralität bis 2045

Klimaschutz als Jobmotor

Strom soll bis 2040 ökologisch werden

Reform der EEG-Umlage → niedrigere Stromkosten für Mieter*innen

CO₂-Preis fürs Heizen zulasten der Vermieter*innen

DIE GRÜNEN

Klimaschutzsfortprogramm: Beinhaltet eigenes Klimaschutzministerium mit Vetorecht → soll Gesetze verhindern können, die nicht mit Pariser Klimaabkommen konform sind

Klimaziel anheben: 70% weniger CO₂ bis 2030 (jetzt: 65%)

Wirtschaft als Kreislaufwirtschaft

Kohleausstieg 2030 vollenden

CO₂-Preis ab 2023 von 25 Euro auf 60 Euro pro Tonne

Geringverdiener und Familien durch Energiegeld entlasten

Ende für Öl- und Gasbohrungen bis 2025

100% Erneuerbare bis 2035

Biologische Vielfalt sichern

FDP

Ausweitung von Emissionshandel auf alle Sektoren

CO₂-Verbrauch soll von der Politik gesteuert werden

Klimadividende (Rückzahlung an Bürger*innen in Form eines pauschalen Betrags)

Bekanntnis zu Pariser Abkommen und dem 1,5°C Ziel

Einheitliche Bepreisung von CO₂ für fairen Wettbewerb

Aufforstung und alternative Kraftstoffe fördern

Geo-Engineering ermöglichen

CDU/CSU (UNION)

Will Deutschland bis 2045 zu »klimaneutralem Industrieland« umbauen

Bekanntnis zum Pariser Abkommen und 1,5° Ziel

CO₂-Ausstoß auf 65% senken

Europaweiter Emissionshandel

Unabhängigkeit von Stromimporten erreichen durch Forschung in Energieentwicklung

»Tierwohlstall- Förderungsgesetz« soll Umbau der Tierhaltung fördern

EEG-Umlage abschaffen

Fotovoltaik fördern

Fun Fact

Der häufigste Vorname unter den CDU-Mitgliedern ist Michael (7248 Mal) und der häufigste Nachname ist Müller (3799 Mal)

Fun Fact

Seit 1994 haben alle SPD-Kanzlerkandidaten eines gemeinsam: Ihr Nachname beginnt mit »S«. Scharping, Schröder, Steinmeier, Steinbrück, Schulz, Scholz

RENTE

DIE LINKE

Gesetzliches Rentenniveau auf 53% anheben

Statt Rente ab 67 sollen Arbeitnehmer*innen ab 65 ohne Abschläge in Rente gehen können

Forderung einer »Solidarischen Erwerbstätigenversicherung«, in die auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete einzahlen

Sofortige Angleichung der Ostrenten zu 100 Prozent auf das Westniveau

SPD

Gesetzliche Rente stärken

Rentenniveau bei 48% sichern

Geschlechtergerechte Rente gestalten

Forderung einer »Erwerbstätigenversicherung«, in die auch Selbstständige, Beamte und Abgeordnete einbezogen werden sollen (den Staatsdiener*innen wird aber zugesagt, dass »das Gesamtniveau ihrer Alterssicherung nicht reduziert« werde)

DIE GRÜNEN

Riester-Rente durch öffentlich verwalteten Bürgerfonds ersetzen, der nach ESG-Nachhaltigkeitskriterien investiert

Streben Bürgerversicherung an, in der alle abgesichert sind, auch Selbstständige und Abgeordnete

Rentenniveau bei mindestens 48%

An Rente ab 67 festhalten, aber mehr Flexibilität

Grundrente zu einer Garantierente weiterentwickeln

FDP

Einführung eines Baukastensystems (Mix aus gesetzlicher, betrieblicher & privater Vorsorge)

Flexibles Renteneintrittsalter (je früher desto niedriger die Rente)

Einführen einer Basisrente

Etablierung der Aktienrente (2% des Rentenpflichtbetrags würden in Aktienfonds investiert)

CDU/CSU (UNION)

Rentalter bei 67 halten

Idee einer »Generationenrente«, in die der Staat monatlich pro Kind einzahlt

Altersvorsorgepflicht für Selbstständige

Kein bedingungsloses Grundeinkommen

CSU will Mütterrente ausbauen, CDU nicht

Fun Fact

Janine Wissler liebt die Berge, ist im Deutschen Alpenverein engagiert und außerdem im Landtags-Fanclub von Fußball-Bundesligist Eintracht Frankfurt. Die Politologin arbeitete während des Studiums jahrelang im Baumarkt.

Fun Fact

Die CDU stellte mit Elisabeth Schwarzhaupt 1961 die erste Bundesministerin

BILDUNG

DIE LINKE

Gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung

Mehr Personal für Kitas und Schulen, Investition in Infrastruktur und Digitalisierung

100.000 Lehrkräfte und 200.000 Erzieher*innen zusätzlich

Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern

Bundeswehr Zugang zu den Schulen verwehren

Rückzahlungsfreies BAföG

Weiterbildungsgeld

SPD

Anspruch auf kostenlose Bildung & Betreuung ab Kitaalter

Bundesländer beim Ausbau von Kitas, Ganztagsbetreuung an Schulen und Jugendeinrichtungen unterstützen

Zahl der Nachwuchskräfte in erzieherischen Berufen bis 2030 verdoppeln

Bedingungen für Wissenschaftler*innen verbessern

Duale Ausbildung stärken

Laptop & Tablet für jede*n Schüler*in

DIE GRÜNEN

Für jedes Kind einen Kitaplatz in guter Kita (Bundesqualitätsgesetz)

Sozial diverse und inklusive Schulen

Bildung für nachhaltige Entwicklung fördern

Mehr Fachkräfte in Kitas, Horten, Schulen

Recht auf Ganztagsbetreuung

Schulen besser ausstatten

Erzieher*innen besser bezahlen

BAföG in Grundsicherung für alle verwandeln

Rechtsanspruch auf Weiterbildung

FDP

1% des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens in Bildung investieren (ca. 2,5 Mio)

Reform des Bildungsföderalismus → bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur

Exzellenzinitiative Berufliche Bildung

Weiterbildung fördern, ua. durch »Midlife-BAföG« von 1.000 Euro im Jahr

CDU/CSU (UNION)

Aufstieg durch Bildung

Offensive zur Aus- und Weiterbildung

Ausbau von Kitas und Weiterentwicklung der Qualität fördern

BAföG flexibilisieren (soll auch nach 35. Lebensjahr noch möglich sein)

Gesunde Lebensführung als Bildungsziel

Nationale Bildungsplattform aufbauen

Gleichwertigkeit der Bildungssysteme

Fun Fact

Grünen-Politiker Cem Özdemir war jahrelang Schirmherr der ehemaligen Döner-Suchmaschine www.doener365.de

Fun Fact

Christian Lindner liebt Autos, sein erstes war ein BMW 318is. Heute fährt er einen Porsche 911, ein »Eckpfeiler seiner Altersvorsorge«

VERKEHR

DIE LINKE

Tempolimits: 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h auf Landstraßen und Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts

Ausbau des ÖPNV auf dem Land

Preissenkungen für Fahrgäste

ÖVPN langfristig kostenlos

Kurzstreckenflüge bis 500km verbieten

Ab 2030 dürfen keine Pkw mit Verbrennungsmotor mehr zugelassen/exportiert werden

LKW-Maut für alle Straßen

SPD

Tempolimit: 130 km/h auf Autobahnen

Straßenverkehr sicherer machen, vor allem für Radfahrer*innen

Busse und Bahnen in den Kommunen bis 2030 klimaneutral

Bis 2030 mind. 15 Millionen Elektro-Autos auf den Straßen

Bahnfahren in EU günstiger als Fliegen

Aufbau umweltfreundlicher Wasserstoffwirtschaft

Unterstützung der Automobilindustrie bei Umbau des Kerngeschäfts

Ladesäulendichte soll vierteljährlich überprüft werden

DIE GRÜNEN

Tempolimit: 130 km/h auf Autobahnen

Ausbau des Bahnnetzes/Zugangebots

Ab 2030 nur noch emissionsfreie Autos zulassen

Kauf emissionsfreier Autos soll über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer gefördert werden

Pendler*innen mit niedrigem Einkommen soll ein »Fonds für Transformationszuschüsse« helfen

Ausbau des lokalen ÖPNV

Höhere Bepreisung von Kerosin, um Flugreisen weniger attraktiv zu machen

Radwegnetz ausbauen und sicherer machen

FDP

Gegen Tempolimits, Dieserverbote & Motorradfahrverbote (Emissionshandel soll es regulieren)

Bahnverkehr privatisieren, Schiene bleibt in staatlicher Hand

Begleitetes Fahren ab 16 Jahren

Ausbau von Radinfrastruktur und Einführung von Abbiegeassistenten

Subventionen für E-Fahrzeuge streichen, dafür Ladeinfrastruktur ausbauen

CDU/CSU (UNION)

Gegen Tempolimits

Investitionen in Infrastruktur sichern: Schienennetze sichern, Strecken elektrifizieren, ÖPNV fördern

Güterverkehr auf Schienen und Wasserstraßen verlegen

Luftfahrt soll wettbewerbsfähiger Verkehrsträger bleiben

Weiterhin Autos mit »allen Antriebsformen«

Gegen Dieselfahrverbot

Investitionen in saubere Fahrzeuge und Ladestationen für Binnenschiffe

Setzen auf Elektromobilität und synthetische Kraftstoffe

DIE LINKE

Deutschlandweiter Mietendeckel

Anti-Spekulations-Gesetz

Sozialer Wohnungsbau mit 15 Milliarden jährlich fördern

Bodenpreise deckeln

Vergesellschaftungsgesetz soll ermöglichen Grund und Boden einfacher zu verstaatlichen

Privatisierung von öffentlichen Grundstücken durch Bodensicherungsgesetz stoppen

Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen

Vorkaufsrecht der Kommunen stärken

SPD

Zeitlich befristetes Mietenmoratorium in angespannten Wohnlagen; Neubau von 100.000 Sozialwohnungen jährlich

Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter Grundstücke abschaffen

Kauf von leeren Häusern in Ortskernen soll gefördert werden

Mietpreisbremse entfristen

Vorkaufsrecht von Grundstücken für Kommunen zu fairen Preisen stärken

Zentrales Immobilieneigentümerregister → Transparenz

Housing-First-Konzepte für Obdachlose stärken

DIE GRÜNEN

Recht auf Wohnen ins Grundgesetz

Eine Million mehr Sozialwohnungen in nächsten 10 Jahren

Mietpreisbremse entfristen & schärfen

Mieterhöhungen auf 2,5% des Mietspiegels begrenzen

Energetische Sanierungen dritteln zw. Staat, Vermieter*in, Mieter*in

Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf die Mieter*innen wird abgeschafft

Kommunales Vorkaufsrecht stärken

Gemeinnütziger Bodenfonds

Immobilienkauf erleichtern (Makler*innenprovision begrenzen, Besteller*innenprinzip einführen)

FDP

Mehr Bauen

Gegen Mietpreisbremse, Mietendeckel & Enteignungen

Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen verbessern

Baukosten-TÜV einführen (EU-Richtlinien dürfen nicht übermäßig umgesetzt werden)

Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer in Höhe von 500.000 €

Einkommensschwache mithilfe von Wohngeld Zugang zum Immobilienmarkt schaffen, erst wenn dort erfolglos Zugriff auf Sozialwohnungen ermöglichen

CDU/CSU (UNION)

Grunderwerbssteuer senken

Wohngeld verstetigen

Mietendeckel verhindern

Mehr Bauland freigeben

Keine Verschärfung der Regulierung des Mietrechts

Bis 2025 sollen 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen

»Mieterstrom« voranbringen

Zukunftspakt für Innenstädte

DIE LINKE

Mindestelterngeld mit längerer Laufzeit (zwölf Monate pro Elternteil)

Keine Anrechnung des Elterngeldes auf Transferleistungen

Teilhabegesetz für Kinder und Jugendliche

Kündigungsschutz für Eltern

Familienfreundliche Arbeitszeitmodelle

Dauerhafte Verlängerung der Kinderkrankentage

Wahlrecht ab 16 für Landtagswahlen

SPD

Dauerhafte Ausweitung der Kinderkrankentag auf 20 Tage pro Kind, Jahr und Elternteil

Neue Kindergrundsicherung einführen, steuerliche Kinderfreibeträge abschaffen

Eltern sollen nach Geburt Anspruch auf zwei Wochen »Partnerschaftszeit« haben, die vom Staat abgesichert wird

Reform des ElterngeldPLUS und der Familienarbeitszeit

Freie Fahrt für Kinder im ÖPNV

Kinderrechte im Grundgesetz verankern

Wahlrecht ab 16 Jahren

DIE GRÜNEN

Kinderrechte ins Grundgesetz

Jugendverbände stärken

Kindgrundsicherung gegen Kinderarmut

Kinder & Jugendparlamente auf kommunaler Ebene

KinderZeitPlus: Elterngeld auf 24 Monate ausweiten (in Teilzeit bis zum 14. Lebensjahr des Kindes nehmbar)

Auch für 2. Elternteil 14-tätige Schutzzeit nach Geburt

15 Kinderkrankentage im Jahr pro Kind

Alleinerziehende unterstützen

Mit »kleinem Sorgerecht« alle Familienformen absichern

Abstammungsrecht reformieren

Künstliche Befruchtung für alle finanzieren

Pakt fürs Zusammenleben als rechtliche Absicherungsalternative zur Ehe

Wahlrecht ab 16 Jahren

FDP

»Kinderchancengeld« einführen

Wechselmodell nach Trennung zum gesetzlichen Leitbild

Paragraf 219a ersatzlos streichen (→ Informationen zu Abtreibungen ermöglichen)

Verantwortungsgemeinschaft neben der Ehe gesetzl. verankern

Adoptionen auch unverheirateten Paaren ermöglichen

Eizellspende legalisieren

Wahlrecht ab 16 Jahren

CDU/CSU (UNION)

Bürokratieabbau: Familienleistungen sollen automatisiert, digital und aus einer Hand zur Verfügung stehen

Elterngeld auf 16 Monate erweitern, wenn auch Väter sie nutzen

Instrument der Familienzeitkonten nutzen

Anti-Einsamkeitsstrategie

Kindeswohl nach Trennung stärken

MIGRATION

DIE LINKE

Abschiebungen werden abgelehnt, besonders in Kriegsgebiete

Flüchtlinge sollen Wohnungen bekommen

Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse werden gewährt & Qualifikationen von Nicht-Eu-Bürger*innen anerkannt

Aktives und passives Wahlrecht für länger in Deutschland lebende Menschen

Fonds für Willkommenskommunen

Frontex auflösen und ziviles Seenotrettungsprogramm auflegen

Recht auf Familiennachzug

Legale Einwanderungsmöglichkeiten

SPD

Mehrstaatlichkeit soll gesetzlich verankert werden

Funktionsfähiges Europäisches Asylsystem

Dublin 2 soll reformiert werden

Recht auf Asyl soll vollumfänglich gewährt werden

Seenotrettung wird entkriminalisiert

Pushbacks von Flüchtlingsbooten auf dem Mittelmeer als »eklatante Verletzung des Völkerrechts gewertet«

Mehr Geld für Entwicklungsarbeit und humanitäre Hilfe

Arbeitsverbote für Flüchtlinge abschaffen

Kettenduldungen verbieten

DIE GRÜNEN

Sichere und legale Fluchtwege schaffen

Modernes Einwanderungsrecht für Bildungs- und Arbeitsmigration

Einbürgerung erleichtern

Kostenlose Sprach- & Integrationskurse für Alle

Europaweiter kommunaler Integrationsfonds

Geflüchtete sollen max. drei Monate in Erstaufnahmeeinrichtungen leben

Arbeitsverbot, Wohnsitzauflagen, Leistungskürzungen abschaffen

Gegen Ankerzentren, »sichere« Herkunftsstaaten, Flughafenverfahren, »Duldungen«

Für Passersatzausweis

FDP

Punktesystem für Einwanderung in den Arbeitsmarkt

Ausbau von Frontex auf 10.000 Beamt*innen

Frontex soll Seenotrettung als Aufgabe bekommen

Aufklärung von Pushbacks

Recht auf Asyl bleib unangetastet

Humanitärer Schutz soll nur für Dauer des Krieges gelten, danach herrscht Ausreisepflicht, die notfalls durch Abschiebung erfolgt

Ausreichend Abschiebehaftplätze schaffen

Integration fördern und einfordern

Liberales Staatsangehörigkeitsrecht

CDU/CSU (UNION)

Recht auf Asyl wird anerkannt, aber nur wenn wirklich schutzbedürftig

Migration nur eine Chance, wenn geordnet und geregelt

Gegen Zuwanderung in Sozialsysteme

Zahl der nach D. und Europa flüchtenden Menschen reduzieren

Straftäter abschieben, Familiennachzug nicht ausweiten
Bleiberechtsmöglichkeiten stärker beschränken

Duldung bei »echter« Integration

Fluchtursachen bekämpfen

Fachkräfteeinwanderungsgesetz stärken

Für Einstufung »sicherer« Herkunftsstaaten

STEUERN

DIE LINKE

Priorität sind Geringverdiener*innen: Keine Partei will sie sonst so stark entlasten

Erhöhung der Einkommenssteuer ab 70.000 Euro, ab 261.000 Euro von 60%, ab einer Million von 75%

Erbschaftssteuer erhöhen

Vermögenssteuer mit progressivem Tarif ab einer Million €

Körperschaftssteuer auf 25% erhöhen

Umsatzsteuer senken

Finanztransaktionsteuer von 0,1 %; Steueroasen bekämpfen

Schuldenbremse abschaffen

Geschlechtergerechte Steuermodelle (Ehegattensplitting abschaffen)

+37 Milliarden Euro

SPD

Priorität ist das untere Drittel: Verspricht durch Einkommensteuerreform 95% der Gesellschaft besserzustellen

Abschaffung des Ehegattensplittings

Vermögenssteuer wird wieder eingeführt

Ab zu versteuerndem Jahreseinkommen von 250.000 Euro wird 3% Reichensteuer aufgeschlagen (für Eheleute Grenze bei 500.000)

Bekanntnis zur Schuldenbremse

+14 Milliarden Euro

DIE GRÜNEN

Priorität ist das untere Drittel: Vor allem Haushalte bis 10.000 Euro profitieren stark

Schuldenbremse umbauen, um über Kredite zusätzliche 50 Milliarden an Investitionen zu ermöglichen

Grundfreibetrag der Einkommenssteuer erhöhen, um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten

Spitzensteuersatz anheben, ab 100.000 für Alleinerziehende, 200.000 für Paare auf 45%, ab 250.000–500.000 um 48%

Einnahmen aus der Vermögenssteuer sollen an die Länder gehen. Ab zwei Millionen pro Person, soll jährlich 1 % betragen

Globale Allianz gegen Steuerhinterziehung

Mindeststeuersatz für Unternehmen von 25%

Steuerrecht für Eheleute geschlechtergerecht reformieren

+18 Milliarden Euro

FDP

Priorität sind Topverdiener*innen: Je höher das Einkommen, desto mehr Steuerentlastung; mit einem Haushaltseinkommen ab 40.000 Euro = 3,6 Prozent mehr, ab 140.000 = 9,7%

Aber auch für niedrige Einkommen schafft die FDP mit niedrigen Steuersätzen und Chancengeld gegen Kinderarmut ein Plus

Unternehmenssteuerlast auf 25 % senken

Solidaritätszuschlag abschaffen

Abgabenquote von Steuerlast und Sozialversicherungsbeiträgen auf unter 40% senken

Bekanntnis zur Schuldenbremse

-88 Milliarden Euro

CDU/CSU (UNION)

Priorität sind Gutverdiener*innen ab 80.000 Euro

Mit nur rund 1% Plus für die Mitte der Gesellschaft, tut Union weniger als alle anderen Parteien für diese Gruppe

Solidaritätszuschlag für alle streichen

Grundfreibetrag für Kinder → Kindersplitting

Keine höheren Spitzensteuersatz und keine Vermögenssteuer

Ehegattensplitting behalten

Unternehmenssteuern bei 25 % deckeln

Verdienstgrenze bei Minijobs auf 550 Euro erhöhen

-33 Milliarden Euro

Was kostet/bringt das d. Staatskasse? (Quelle: SZ)

ARBEIT/SOZIALES

DIE LINKE

13 Euro Mindestlohn

Normalarbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche reduzieren,
Höchststarbeitszeit auf 40 Stunden begrenzen

Gesetzlicher Urlaubsanspruch auf 36 Tage erhöhen

Obergrenzen für Manager*innengehälter

Abschaffung von HartzIV — stattdessen
Mindesteinkommen von 1.200 Euro

ArbeitslosengeldPlus, das 58% des Nettolohns beträgt

Recht auf Home Office

SPD

12 Euro Mindestlohn

Recht auf Arbeit

Minijobs in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandeln

HartzIV in Bürgergeld umwandeln → Wohnung und
Vermögen wird nicht geprüft in ersten zwei Jahren

In der Altenpflege soll nach Tarif bezahlt werden

Bundestariftreuegesetz soll für Tarifzahlung bei öffentlichen
Ausschreibungen sorgen

Arbeitslosengeld soll länger gezahlt werden

Sachgrundlose Befristungen abschaffen

Recht auf mobiles Arbeiten

Meisterkurse gebührenfrei

DIE GRÜNEN

12 Euro Mindestlohn

HartzIV abschaffen und durch Garantiesicherung
überwinden

Gender Budgeting des Bundeshaushalts

Gründungskapital in Höhe von einmalig 25.000 Euro

Leiharbeiter*innen selbe Löhne wie Festangestellte

Sachgrundlose Befristungen abschaffen

Vollbeschäftigung

Bundestariftreuegesetz für Tarifzahlung bei öfftl. Ausschreibungen

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

FDP

Sozialausgaben des Bundes bei 50% deckeln

Mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wöchentliche statt
tägliche Höchststarbeitszeit

Betriebskindergärten staatlich fördern

Entfesselung der deutschen Wirtschaft nach Corona

Mehr Freihandelsabkommen

Mehr Fairness für Selbstständige

CDU/CSU (UNION)

Betriebsräte stärken

Missbrauch von Werk und Dienstverträgen unterbinden

Keine Ausweitung von Kettenbefristungen

Arbeitszeitgesetz reformieren

Co-Working-Spaces auf dem Land

Berufliche Weiterbildung für Menschen in Grundsicherung

Vermögensaufbau für alle Menschen ermöglichen

Starken Verbraucher*innen- und Anleger*innenschutz

Fun Fact

Annalena Baerbocks Lieblingsvogel ist der Pinguin

SONST SO?

DIE LINKE

Nachholen von Feiertagen, die aufs Wochenende entfallen

Abschaffung der Schaumweinsteuer

SPD

Bürger*innenversicherung mit gleichem Zugang zu medizinischen Behandlungen für alle

Regulierte Cannabisabgaben an Erwachsene in Modellprojekt erproben

In jedem Haushalt Bandbreite von 1 Gigabyte pro Sekunde

DIE GRÜNEN

Whistleblower schützen

Bekämpfung rechtsextremer Strukturen ausweiten

Kulturschaffende besser unterstützen

Bürger*innenräte für mehr Beteiligung

Export deutscher Waffen an Diktatoren und in Kriegsgebiete verbieten

FDP

Gegen Quoten

Cannabis legalisieren

Bundesministerium für Digitale Transformation

Legislatur auf fünf Jahre verlängern, Kanzler*innenamtszeiten auf zwei Jahre begrenzen

CDU/CSU (UNION)

Mehr Polizeipräsenz, Videoüberwachung im öffentlichen Raum, automatisierte Gesichtserkennung, Bodycams auch bei Einsätzen in Wohnräumen

Der Staat müsse hart gegen Straftäter, Terroristen und Clans vorgehen

DEMO ist eine parteiübergreifende Jugendbewegung für Demokratie, Dialog und die »Rettung der Menschlichkeit«. Wir wollen junge Menschen zum Wählen motivieren, ihnen eine Stimme geben, mit ihnen über Politik ins Gespräch kommen und politisches Selbstbewusstsein vermitteln.

**Denn
wer NICHTS
MACHT
hat KEINE
MACHT!**

BE A
VOICE
NOT
AN
ECHO

DEMO

www.demo-bewegt.de